

# Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der

Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte Wochenschrift: „Der Hausfreund“ — Anzeigenspreis: frei ganzjährig 2.00 Mk., monatlich 0.17 Mk. Bei Abhol. vom der Geschäftsst. direkt: 1.00 Mk. monatlich 0.08 Mk. Durch die Post vierteljährlich 2.80 Mk., monatlich 0.20 Mk.



Anzeigenpreis: Die Lebensdauer der Zeitungs- und Anzeigenblätter über deren Raum 25 Bsp. — Anzeigenpreis: 70 Bsp. Bei Wiederholungen Rabatt nach Vereinbarung — Bei Anzeigen nach Stunden, bei geringerer Einzahlung der Beträge oder bei Abnahme der Zeitungsblätter, wird der Rabatt nach der Gutschrift vom 15. bis 70 Bsp. in Abzug.

Verbreitetes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Geisiger, Warmbrunn, Buchdruckerei, Volgersdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postfachnummer 6746 Breslau.

Nummer 281

Sonnabend, den 30. November 1918.

36. Jahrgang

## Die Überflutung.

Demnächst, wie ein entfesselter Strom, ergießen sich die Machtmittel der Entente über die von ihr bisher verschont gebliebene Welt. Konstantinopel, die Dardanellen liegen offen zu ihren Füßen, das Schwarze Meer mit Batum und Sebastopol ist in englischer Hand, Odessa, Kiew wimmeln von westmächtlchen Besatzern, und die Ukraine trifft danach schon Vorbereitungen, sich wieder mit Groß-Rußland zu vereinigen. Dieses selbst aber hält den Atem an: schlägt endlich die Stunde der Erlösung vom Terror der Bolschewisten? Kommt die Befreiung von außen, da das russische Volk aus eigener Kraft dieses Joch nicht abschütteln konnte? Fast sieht es so aus, als wollten die Sieger im Weltkriege sich ungefümt aus Werk machen. Im russischen Süden haben sie bereits ein operationsfähiges Heer aufmarschieren lassen, und im Norden sollen britische Kriegsschiffe nach Reval unterwegs sein, von wo aus ein unmittelbarer Druck gegen Petersburg sich verhältnismäßig leicht ansetzen ließe. Der russische Winter würde allerdings eine größere Aktion erschweren, aber der Bolschewismus braucht doch wohl nur einen leichten Stoß zu bekommen, um mit aller seiner Grobporigkeit elendiglich zusammenzubrechen.

Aber weiter: die Rumänen fluten nach Ungarn herein, aus dem Madensien sie vor zwei Jahren verjagt hat. Nicht weniger als 28 Komitate nehmen sie für sich in Anspruch, und niemand ist da, der sie hindern könnte, wenn sie noch einmal so viele Bezirke einstecken wollten. Denn in Budapest regiert zwar im Augenblick Graf Karolyi, aber doch nur unter Aufsicht der Franzosen, die die Hauptstadt des Landes besetzt haben. Für die Neutralität des Ministerpräsidenten, der Ungarn nach seinem Ausscheiden aus dem Kriege und nach seinem Abfall vom Deutschen Reich als ein neutrales Land hinstellen und behandeln wissen wollte, hatte der französische Führer nur eine abweisende Handbewegung. „Ihr seid ein besiegtes Land, und damit basta!“ So dürfen auch die Tschechoslowaken im Norden des ehemaligen Kaiserreiches schalten und walten, wie es ihnen beliebt, und das Kroatien, Dalmatien mit dem Bosnien und der Herzegowina von den Serben mit bestem Appetit verschlungen werden, versteht sich von selbst. Was danach noch von dem einstmaligen Ungarnland übrig bleibt, braucht wirklich weder für Rumänen noch für Serben, noch gar für die Russen ein Gegenstand der Sorge zu sein. Nicht besser geht es den Deutschen: die Italiener sind über den Brenner bis nach Innsbruck gezogen, das sie — natürlich! — nur vorläufig besetzt haben, und die Tschechen denken gar nicht daran, auch nur eine deutsche Stadt in Böhmen mit ihrer Herrschaft zu verschonen. Wie lange Wien noch auf feindliche Soldaten zu warten hat, wird in Versailles wohl auch bald entschieden werden: es sollen alle an die Reihe kommen, und man braucht jetzt nichts mehr zu überfluten.

Nur was Deutschland anbetrifft, scheinen die Franzosen es gar nicht erwarten zu können. Noch bevor die festgesetzten Termine überall abgelaufen sind, rücken sie in unser Land ein, in Elsass-Lothringen nicht nur, das sie alsbald von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten haben, in die Pfalz, ins Rheinland, und wenn es nach ihnen, und nur nach ihnen ginge, würden ihre Reiter sich heute wohl schon gegen Berlin zu in Marsch setzen. Unterdessen treffen die Engländer ihre Vorbereitungen, um Wilhelmshaven und Kiel durch Flottenabteilungen in Augenschein nehmen zu lassen — angeblich wollen sie sich nur davon überzeugen, ob wir auch die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages, soweit er sich auf unsere Küstenverteidigung bezieht, erfüllt haben; die bloße Auslieferung so ziemlich der ganzen deutschen Flotte genügt ihnen ja bekanntlich noch nicht. Und wenn sie es etwa für nötig halten sollten, in Deutschland Ordnung zu schaffen, so wären unsere ehemaligen Seefestungen als Stützpunkte für eine solche Expedition natürlich auch nicht zu verachten. Nur dürfen wir uns darüber von vornherein keiner Täuschung hingeben, daß wir dann zwar den Zeitpunkt der Ankunft britischer oder amerikanischer Streitkräfte mit Sicherheit bestimmen könnten, daß aber kein Mensch vorherzusehen vermöchte, wann wir diese fremde Invasion wieder los werden würden.

Wir müssen der Überflutung der ganzen Welt durch die Seereschützen der Alliierten ohnmächtig zuschauen. Aber wo bleiben die Freunde der Völkerverbrüderung in den feindlichen Ländern, die ehemals so laute Worte gegen den Siegerübermut fanden, die so Neutralen, die so manchesmal die Empfindlichkeit ihrer Nerven verrieten, wenn im Weltkriege irgendeine militärische Operation ihnen unzulässig erschien?

## Der Süden.

Das „Capua des Südens“ nannte einst August Bebel die bayerische Hauptstadt, als sie ihm in Herrn v. Dollmar einen Parteigenossen in die Faktion fandte, der in vielen Dingen ruhiger und gemäßigter dachte als der heißblütige Drechslermeister aus Leipzig, der im Grunde ein recht vernünftiger Mann war und vor allem den Radikalismus

der Worte auf den Tod nicht leiden konnte. Damit wollte er sagen, daß in München sich schon die weichen Einfälle des deutschen Südens auf Gesinnung und Gemütsart der Menschen, auch der revolutionären Genossen, bemerkbar machten, ebenso wie im südlichen Italien die Leute mehr auf behaglichen Lebensgenuss als auf Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung gestimmt seien — im Gegensatz zum Norden, wo der unverfälschte Klassenkampf zu Hause sei. Herr v. Dollmar wußte diese kleine Strafpredigt mit Humor über sich ergehen zu lassen. Und heute?

Heute schwirrt aus München der erste Fehdebrief gegen das Reich nach Berlin. Herr Eisner macht nicht mehr mit, er bricht jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des auswärtigen Amtes ab, solange diese nicht zu allem Ja und Nein sagen, was er tut; er hat sich — für Bayern zunächst — selbst zum Minister des Auswärtigen gemacht und hat schon Proben dafür abgelegt, daß und in welchem Geiste er auf eigene Faust mit fremden und mit feindlichen Mächten in Verbindung treten kann. Ihm ist es vor allem um Herrn Clemenceau zu tun, mit dem er durch seinen Berner Beauftragten, den bekannten Professor Foerster, Fühlung genommen hat. Er hat es sich in den Kopf gesetzt, alle Schuld am Kriege Deutschland aufzuladen in der schier unbegreiflichen Hoffnung, dann bei dem französischen Diktator mildere Bedingungen erwirken zu können. Ausgerechnet bei Georg Clemenceau! Von allen Seiten wird ihm vorgehalten, daß er einem ebenso schlauen wie rücksichts- und erbarmungslosen Manne ins Garn gegangen sei, daß doch schließlich seine eigenen Landsleute und Parteigenossen ein gewisses Mindestmaß von Vertrauen wenigstens beanspruchen könnten, wenn er es unserem wilden Gegner so freigebig jaumende — Herr Eisner bleibt dabei, daß man in Berlin das deutsche Volk verurteilen sollte und daß er deshalb lieber seine eigenen Wege gehen als sich an diesem Verbrechen mitschuldig machen wolle. Und um das Maß voll zu machen, erhebt sich der Münchener Arbeiter, Bauern- und Soldatenrat und verlangt vom Berliner Demokratenrat die Vertreibung der Solf und Erzberger, der Ebert und Scheidemann aus ihren Ämtern, weil sie nichts anderes als Regentenrevolutionäre seien und also der Sache des Volkes im Wege stünden. In Berlin weht ja im Augenblick auch nicht gerade eine sehr milde Luft; mit Mühe nur läßt sich der Radikalismus der Unabhängigen und gar erst der Spartakusleute im Zaum halten, und unendlich viel Kraft und Zeit muß auf seine Bekämpfung verwandt werden, die sonst, bei einer besonnenen Haltung der Arbeiterkraft auf nützlichere Arbeit verwandt werden könnte. Aber mit der Stimmung in München verglichen, scheinen wir jetzt eher in der Reichshauptstadt ein Capua, eine Stätte der Ruhe und des Geschehenslassens, zu haben. Das ist um so auffälliger, als Bayern sich sonst im allgemeinen durch eine sehr ruhige Volkshaltung auszeichnet. Hat das Volk, unter dem aufsteigenden Einfluß der vier Kriegsjahre, seinen Charakter verändert, oder ist es nur der überragende Einfluß des Herrn Eisner, der gerade die sonst so gemüthliche Hauptstadt des Landes in ein so überaus wildes Fahrwasser gelenkt hat?

Darüber wird man erst klarer sehen, wenn feststeht, ob die Bayern auch jetzt noch zu ihrem Ministerpräsidenten von eigenen Gnaden halten wollen oder nicht. Er galt bisher als ein ziemlich vertlegener Idealist, ein Philosoph und Poet dazu, der sich nicht gerade durch hervorragenden Wirklichkeitsinn auszeichnet. Im Grunde seines Herzens eine Kindernatur, die keiner schlechten Tat fähig wäre. Die Bayern sind ihm ebenso reinen Herzens gefolgt — jetzt müssen sie aber doch wohl merken, da sie leben, in welchen Abgrund sie geführt werden sollen. Herr Eisner ist weder Arbeiter noch Bauer noch Soldat, er ist sogar nicht einmal in Bayern, sondern in Berlin geboren und kann unmöglich an der Klar schon tiefe Wurzeln geschlagen haben. Man darf deshalb erwarten, daß das Land ihm nicht unbesonnen folgen wird. In Berlin schwankt man augenblicklich noch, ob man den Mann so ernst und gewichtig nehmen soll wie er sich gibt, oder ob man ihn ruhig seiner eigenen Selbstüberschätzung überlassen kann. Die Entscheidung ist gewiß nicht leicht — angesichts der ungeheuren Gefahren, die uns von allen Seiten umdrängen.

Zu dem Vorgehen der Münchener Regierung schreibt der Vorwärts, der wohl als halbamtlich bezeichnet werden darf:

Eisner hat damit einen Schritt getan, der der Reichsleitung ihre schwierige Lage gerade nicht erleichtert. Dr. Solf hat sich in bester Absicht in den Dienst der republikanischen Regierung gestellt, aber natürlich kann er nicht aus seiner Haut heraus und sieht die Dinge mit seinen Augen an. Als der Konflikt mit Eisner entstand, hat Solf sofort seinen Rücktritt an, über den noch verhandelt wird. Warum von München aus der Bogen so überpannt wird, versteht man in Berlin nicht. Mißtrauische glauben sogar schon, Bayern wolle das Beispiel der Ukraine nachahmen und sich für den Preis der Reichsertrümmerung einen billigen Frieden erkaufen. Dem steht die strikte Erklärung Eisners für die Erhaltung der Reichseinheit gegenüber. Wir glauben aber nicht, daß Eisner auf dem richtigen Wege ist, die Reichseinheit zu festigen und bessere Friedensbedingungen für Deutschland zu erreichen.

## Krise in der Regierung.

Berlin, 28. November.

Seit heute früh dauern die Beratungen im Kabinett über die durch das Münchener Vorgehen geschaffene Lage. Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf, gegen den sich der Angriff des bayerischen Ministerpräsidenten in erster Linie richtete, hatte schon vor einigen Tagen seinen Rücktritt angeboten, blieb aber auf Bitten der Regierung einwillen auf seinem Posten. Sein Rücktritt ist wahrscheinlich nur eine Frage von Stunden. Sehr schwierig ist aus der ganzen Situation heraus die Frage nach einem geeigneten Nachfolger. Jedoch auch das Verbleiben Scheidemanns und Erzbergers in der Regierung erscheint nicht gesichert. Ob die augenblickliche Krise heute noch beendet wird, steht dahin.

## Die deutsche Nationalversammlung.

Bevorstehende Wahlen.

Berlin, 28. November.

Nach einer Erklärung des Staatssekretärs des Innern, Professor Preuß, nimmt die Beratung des Reichswahlgesetzes einen günstigen Fortgang und die Verabschiedung des Entwurfes sei in den allernächsten Tagen zu erwarten. Die technischen Schwierigkeiten, die man vielfach befürchtete, können heute als überwunden gelten. Auch die Wahlordnung, die ja allerdings von weniger ausschlaggebender Bedeutung sei, wurde bereits im Entwurf fertiggestellt. Unmittelbar nach der Annahme des Reichswahlgesetzes durch die Regierung soll der Wahltermin anberaumt werden. Bedenken könnten noch die Tatsache veranlassen, daß unsere Heere im Osten und ebenso auch die Armee Madensien noch nicht zurückgeführt sind und der Zeitpunkt ihrer Heimkehr noch ungewiß ist. Aber auch der Wunsch, diese Hunderttausende von der Wahl zur Nationalversammlung nicht auszuschließen, könnte durch besondere Maßnahmen berücksichtigt werden. Die neue Reichsverfassung, die als eine der ersten Vorlagen der Nationalversammlung unterbreitet werden müßte, werde ohne Zweifel bis zu ihrem Zusammentritt rechtzeitig fertiggestellt werden.

## Die verschärfte Blockade.

Protest der deutschen Waffenstillstandskommission.

In der vom Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission der internationalen Waffenstillstandskommission übergebenen Note wird Beschwerde geführt gegen die offenbar seit der Niederlegung der Waffen noch gesteigerten Absperrung zur See, womit ein Steigen der Lebensmittelpreise unabwendbar verbunden ist.

In der Note wird im einzelnen erklärt, daß Deutschland nach dem Wortlaut des Vertrages annehmen berechtigt war, daß alle in den Waffenstillstandsbedingungen enthaltenen Punkte erfüllt werden würden. Am 18. November sind schriftliche Bitten um Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen zur See übergeben worden. Hierauf ist am gleichen Tage erwidert worden, daß diese Bitten an die zuständige Stelle weitergegeben worden seien. Es sind bisher weder die erbetenen Vertreter, noch die Antwort auf die schriftlich gestellten Fragen eingetroffen. Die Erörterung der Fragen erduldet keinen Aufschub, da das deutsche Volk noch schlimmeren Hunger leiden muß als bisher, wenn ihm durch die Verschärfung der Blockade, die der Waffenstillstand gebracht hat, die geringen Zufuhren, die es während des Krieges noch hatte, entzogen werden und die Seefischerei unterbunden wird. Zu der Gefahr des Hungers tritt noch die Gefahr der öffentlichen Ordnung in allen Hafenstädten durch die Arbeitslosigkeit der Seefahrenden und Fischereibevölkerung.

Schließlich wird betont, es widerspreche dem Wesen des Vertrages, wenn bestimmte wichtige Punkte von der Verhandlung einseitig ausgeschlossen werden, während über alle anderen Punkte verhandelt wird. Besonders einseitig muß ein solches Verfahren bezüglich der Zufuhren und der Seefischerei erscheinen, da Deutschland weder willens, noch in der Lage ist, den Krieg wieder aufzunehmen, somit also die Voraussetzungen für die harten Waffenstillstandsbedingungen nicht mehr vorhanden sind.

## Die deutsche demokratische Partei an Wilson.

Durch Funkpruch wendete sich die neugegründete deutsche demokratische Partei an den Präsidenten Wilson. In dem Telegramm wird auf die unerhörte Rücksichtslosigkeit hingewiesen, mit der besonders von französischer Seite die Durchführung der ohnehin unerträglichen Waffenstillstandsbedingungen betrieben wird. Das müsse furchtbare Verwirrung, Not, Arbeitslosigkeit und Anarchie herbeiführen. Wir eruchen Sie, Herr Präsident, heißt es zum Schluß, nicht zu dulden, daß unser Volk von barbarischen Gegnern in unangenehmes Elend gestürzt und die republikanische Freiheit in neuen Deutschland unter Trümmern begraben wird.



# München gegen Berlin.

Abbruch des Verkehrs mit dem Auswärtigen Amt.  
München, 27. November.

Die seit einigen Tagen, namentlich seit den bayerischen Veröffentlichungen zutage getretene Abneigung gegen das Berliner Auswärtige Amt und dessen Leiter Dr. Solf haben zu einem außergewöhnlichen Schritt der bayerischen Regierung geführt. Die amtliche Münchener Korrespondenz Hoffmann meldet:

Vom Ministerium des Äußeren wurde nachstehendes Telegramm gestern Abend an den bayerischen Gesandten in Berlin zur Übermittlung an das Auswärtige Amt gesandt: Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen, um das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Auswärtigen des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen.

Furt Eisner.

Auf der Berliner Reichskonferenz unternahm Eisner, gleichzeitig bayerischer Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, schon einen scharfen Vorstoß gegen Dr. Solf. Der Einspruch des Auswärtigen Amtes in Berlin gegen die Eisnerschen Enthüllungen haben ihn zu seiner offenen Kampfanlage geführt.

## Die Gefährdung der Reichseinheit.

Nach Meldungen aus Holland wird für einen selbständigen deutschen Staat im Westen von der Entente lebhaft Stimmung gemacht. In diesen Meldungen heißt es weiter: „Wenn Berlin diesen Umständen nicht Rechnung trägt, wird man bald vor unumwiderrlichen Ereignissen stehen. Aus der neuen Konstellation kann man herauslesen, daß eine Förderung baltischer Grundbesitzer nur zur Erhöhung des Glanzes im deutschen Rasse beitragen kann. Ihren Bedingungen kam Deutschland nur nachkommen, wenn der Zentralausschuß in Berlin mit den anderen Reichsteilen sich zur gemeinsamen Arbeit zusammenschließt.“

## Arbeiterräte und Lohnbewegung.

Mahnung zur Mäßigkeit.

Berlin, 27. November.

In einer Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins verbreitete sich Volksbeauftragter Barth über die augenblickliche Lage. Er sagte, man könne jetzt keine sozialistischen Experimente machen, es müsse vielmehr alles planmäßig, organisch und großartig ausgeführt werden. Auch sei die soziale Revolution keine große Lohnbewegung. Gewiss sollten auch die Lohnforderungen erfüllt werden, aber dazu sei die jetzige Zeit nicht geeignet. Vor allen Dingen gebrauchten wir jetzt Kohle und Lebensmittel.

## Das Hauptquartier nach Berlin.

Gegenstände zwischen Generalen und USA.

Berlin, 27. November.

Das Kabinett hat der Obersten Seeresleitung den Befehl gegeben, sich von Kassel nach Berlin zu verfügen. Es hat ferner die sofortige Abreise des Generals Eberhardt verlangt.

Es handelt sich dabei um die bekannten Befehle dieses und anderer Generale, daß sich alle Dienststellen der von den betreffenden Armeen besetzten Gebiete ihnen unterzuordnen hätten. Zudem hatte General v. Eberhardt noch das Tragen roter Abzeichen verboten. In Berlin hofft man, daß die militärischen Dienststellen sich, getreu ihrer Zusage, dem Willen der Regierung beugen werden. Mehrfach ist es auch im Westen schon zu blutigen Zusammenstößen zwischen Soldaten dieser Seeresteile und USA gekommen. Es werden alle Maßregeln gegen eine etwaige Gegenrevolution getroffen.

## Im Rückmarschgebiet.

Die Länder am Rhein sind ein einziges großes Rückmarschgebiet für die heimkehrende Wehrarmee. Hunderttausende von Feldgrauen, begeistert begrüßt durch die Bevölkerung, durchziehen die Städte und Dörfer, die sämtlich prächtigen Schmuck zu Ehren unserer Tapferen, die so lange Jahre erfolgreich die Grenzen verteidigten, angelegt haben.

## Die Parade der Garde.

Die preussische Garde ist ebenfalls am Rhein, und zwar in Koblenz gemeldet, daß sie in bester Mannesucht, bejubelt von den Einwohnern, passierte. Aus Koblenz wird darüber folgendes gemeldet:

In den ersten Kompagnien sieht man noch die hochgemachten Gestalten alten Adels, und auch der Durchschnitt des Soldatenmaterials hebt sich deutlich ab von den Untertunnen, die sonst hier durchkommen. Die ganze erste Gardebataillon hat neue Uniformen vor dem Antritt des Rückmarsches erhalten. Sie macht in ihrer Haltung den besten Eindruck. Die Garde trägt Stahlhelme. Die Soldaten sind geschmückt mit grünen Zweigen und Blumen. Aus jedem Gewehrrohr erblüht ein Straußchen mit einem Fähnchen in den Reichsfarben. Wie ist das zweite Gardebataillon auf dem Marsch. Es zählt jetzt nicht mehr als 400 Mann! Das zweite Bataillon ist zusammengezogen in eine einzige kleine Kompagnie von 50 Mann. Das Bataillon hält der Gouverneur von Koblenz, Generalleutnant v. Schöler, ihm zur Seite der Kommandeur der ersten Gardebataillon, Generalmajor v. Sina, und nimmt den Vorbeimarsch ab.

Von Koblenz ist die Garde weitermarschiert nach Gießen, von wo der weitere Abtransport mit der Bahn erfolgt. Auch Berlin hat reichen Schmuck zum Empfang seiner Garnison angelegt.

## In Erwartung der Feinde.

In den nächsten Tagen werden die Besatzungstruppen der Entente nachrücken und das westliche Rheintal mit den Brückenköpfen besetzen. Die nachstehende Meldung zeigt, bereitet man sich bereits darauf vor.

Koblenz, 28. November.

Der Regierungspräsident macht folgendes bekannt: Der Bevölkerung ist im Verkehr mit dem Feinde ein ruhiges, angemessenes Verhalten zu empfehlen. Nur wenn sie dem Feinde mit demütigen Stolz begegnet, wird sie auch von ihm diejenige achtsame Behandlung erfahren, auf die sie nach den Verdiensten unserer Truppen Anspruch hat. Jeder Mann, jede Frau muß die deutsche Ehre und Würde hochhalten.

Weiter wird amtlich bekanntgemacht, daß die deutschen Polizeitruppen in der neutralen Zone bleiben dürfen, jedoch behält sich das Oberkommando der Verbündeten das

Recht vor, ihre Stärke zu bestimmen. Wegen Befassung der Gendarmerie im Räumungsgebiet steht die Entscheidung noch aus. Wehrpflichtige deutsche Arbeiter und Beamten sind nicht zurückzuführen. Arbeitskräfte haben an ihren Arbeitsstellen zu bleiben.

## Eine Proklamation Kochs.

Der französische Oberbefehlshaber Koch hat von Saarbrücken aus eine Proklamation an die Bewohner des Saarreviers erlassen, in der es heißt:

Die im Augenblick in Kraft befindlichen Befehle und Verordnungen werden von uns bekräftigt, soweit sie nicht unsere Rechte und Sicherheit gefährden. Unter der Leitung und Aufsicht der Militärbehörden wird die Verwaltung weitergeführt. Die Beamten haben die Pflicht und werden aufgefordert, gewissenhaft und ehrlich die Ämter auszuüben, die ihnen übertragen sind. Die Gerichte werden in der Rechtsprechung fortfahren. Die Einwohner müssen sich jeder mittelbaren oder unmittelbaren feindseligen Handlung in Wort und Tat gegen die alliierten Behörden enthalten. Sie müssen den Requisitionen Folge leisten, welche ihnen dem Gesetz entsprechend auferlegt werden. Wer eines Verbrechens oder Vergehens als Anstifter oder Mittäter überführt wird, wird sofort festgenommen und dem Kriegsgericht vorgeführt werden. Jede Widerständigkeit gegen die Verfügungen, die der Bevölkerung bekanntgegeben sind, und jede Gehoramsverweigerung gegen die gegebenen Befehle werden streng bestraft.

Die Kundgebung ist unterzeichnet: Marschall von Frankreich, Oberkommandierender der alliierten Armeen, Koch, und wird vom Polizeidirektor Saarbrückens in französischem und deutschem Wortlaut der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht.

## Französische Posten in Baden.

Nach einer Meldung aus Kehl haben die französischen Truppen in Strassburg nun auch auf der badischen Rheinbrückenseite ohne Mitteilung von Gründen Posten aufgestellt. Deutsches und französisches Militär steht dort in dichter Nähe, tritt aber nicht in Verkehr miteinander. Auch aus anderen badischen Orten wird die Aufstellung französischer Posten auf der rechten Rheinseite gemeldet.

## Verchiedene Meldungen.

London, 28. Nov. 27 deutsche U-Boote kamen in Holland an. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der abgestellten Boote auf 114.

Berlin, 28. Nov. Über die Stärke der feindlichen Besatzungstruppen auf dem linken Rheinufer sind noch keine Bestimmungen getroffen worden.

Paris, 28. Nov. Die Kammer nahm eine Tagesordnung an, welche der Regierung das Vertrauen ausdrückt, daß sie von Deutschland die unverzügliche Auslieferung der Waffenstillstandsbedingungen verlangen wird, welche sich auf die Ernährung und Disziplinierung der Kriegsgefangenen beziehen.

## Holland und der Kaiser.

Keine Internierung Wilhelms II.

Haag, 28. November.

In Beantwortung von Anfragen der Entente, welche die Internierung des Kaisers in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der deutschen Armee fordern, hält die holländische Regierung ihre Auffassung aufrecht, nach welcher der Kaiser, nachdem er abgedankt habe, nicht mehr als Mitglied der Armee angesehen und demgemäß auch nicht interniert werden könne. Sie versichert, von dem Staatssekretär Solf eine Note erhalten zu haben, welche die Abkündigung der holländischen Regierung fuge hinzu, sie überwache den Kaiser streng, so daß er das holländische Gebiet nicht verlassen könne.

In London erklärt man hierzu, die Anwesenheit des Kaisers in Holland verleihe die holländische Regierung in eine heikle Lage, da der Kaiser nicht offiziell abgedankt habe und einen flagranten Mißbrauch der holländischen Gastfreundschaft begehe und dies verleihe die Alliierten in eine viel leichtere Lage gegenüber der holländischen Regierung. Man hoffe, daß Holland seine Auffassungen ändern werde, denn wenn die deutsche Regierung sich weigere, in die Auslieferung des Kaisers zu willigen, so könne man nicht sagen, was für eine Wendung die Dinge nehmen würden. Weiter versichern englische Diplomaten, daß ein Punkt der Tagesordnung der Friedenskonferenz die Erwägung der Position des Kaisers, des Kronprinzen und anderer Persönlichkeiten bilden werde mit der Absicht, ne wegen ihrer während des Krieges gegen das Völkerrecht begangenen Vergehen gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen.

## Das Schicksal Wilhelms II.

Strenge Überwachung von Kaiser und Kronprinz.

London, 27. November.

Ein Entente-Diplomat erklärt, daß Wilhelm II. nicht mehr in Holland bleiben könne. Über die Rückkehr beider nach Potsdam braucht man sich nicht den Kopf zu zerbrechen. Auf jeden Fall werde man alles tun, um das zu verhindern. Der gewesene Kaiser und sein Sohn werden, gleichviel mit welchem Ziel, das Gebiet Hollands nicht ohne die Zustimmung der Alliierten verlassen. Das alte Deutschland kann aus seiner Asche nicht mehr entstehen. Alles ist vorgefallen worden.

Der Kaiser und der Kronprinz sind, so versichert dieser Diplomat weiter, gut verwahrt, es handelt sich nicht um Kollu, auch nicht um Potsdam, doch werden die einsamen Spaziergänge in dem Park von Emmingen nur einige Zeit dauern. Auch sind die Rechtsberater der englischen Krone aufgefordert worden, ein Rechtsgutachten über diese Angelegenheit abzugeben. Die holländische Presse äußert sich dahin, daß wegen einer Schuld am Kriege höchstens die deutsche, nicht aber eine andere Regierung die Auslieferung Wilhelms II. fordern könne.

## Friedensmöglichkeit im Frühjahr 1918.

Wie in Diplomatentreffen der Entente behauptet wird, wäre diese im Frühjahr 1918 bereit gewesen, in eine Friedensverdringung einzutreten mit verhältnismäßig günstigen Bedingungen für Deutschland. Dieses hätte Besatzungsräume räumen und zwei Drittel der Entschädigung zahlen müssen, während die Alliierten bereit waren, ein Drittel der Entschädigungssumme zu tragen. In Etappen-Lösungen hätte eine Volksabstimmung über dessen Zukunft zu entscheiden gehabt, wobei der Prozentsatz der seit 1870 ausgewanderten Bevölkerung zugunsten Frankreichs mit eingerechnet werden mußte. Serbien, Montenegro und Rumänien hätten sofort geräumt werden und eine Entschädigung seitens der Mittelmächte erhalten müssen, wobei noch die Alliierten zu einer prozentualen Beteiligung bereit waren. Die deutschen Kolonien sollten zurückgegeben werden. In diesem Augenblick sollte die Note des Grafen Buriat erscheinen, durch die er die Kriegführenden zur Konferenz über die Friedensfrage einladen wollte. Das Hindernis für die Auslieferung dieses Schrittes bildete Lindendorff, der den österreichisch-ungarischen Diplomaten

antwortete: Laßt uns Regent! Zu seiner Umgebung äußerte sich Lindendorff, man müsse sich mit dem Friedensschritt befassen, wenn man nicht zu spät kommen wolle. 24 Stunden später begann die deutsche Offensive.

## Unser geordneter Rückmarsch.

Von dem Berichterstatter des amerikanischen Pressedienstes bei einer amerikanischen Armee wird erzählt, daß die Deutschen, die große Vorräte an Lebensmitteln und Munition mit sich führten, durch das schnelle Dahinzogen der amerikanischen Abteilungen an der luxemburgisch-deutschen Grenze überrascht worden seien. Während die Deutschen auf dem einen Ufer des Flusses dahinzogen, konnten sie die Amerikaner auf dem anderen Ufer marschieren sehen. Darauf landeten sie einige Offiziere zurück, um die Amerikaner zu ersuchen, nicht so schnell vorzurücken, da es den Deutschen unmöglich sei, so rasch abzumarschieren, ohne in Unordnung zu geraten. Es blieb den Amerikanern nichts übrig, als ihre Bewegungen zu verlangsamen. Der Bericht schließt: „Die allgemeine Absicht des deutschen Kriegsvolkes ist, die besetzten Gebiete ohne Tumult zu verlassen. Die Verwirrung im Transportwesen scheint zu Ende zu sein. Trotz der Niederlage scheinen die Deutschen guter Dinge zu sein. Die abziehende Armee läßt wenig Ausruhmungsgegenstände zurück und singt auf dem Rückzug Marschlieder. Der allgemeine Eindruck herrscht, daß die Deutschen, obgleich geschlagen, doch nicht besiegt seien. Ihre Haltung den Amerikanern gegenüber ist gutmütig. Nach allen Berichten gehorchen die Truppen trotz der revolutionären Gerüchte ihren Offizieren, und es ist wenig von Unordnung zu sehen.“

## Riesenfeuerwerk an der Front.

Über die Aufnahme, die der Abschluß des Waffenstillstandes an der Front hervorrief, macht der amerikanische General Johnson, der ein Kommando an der nördlichen Verbundfront hatte, interessante Mitteilungen. Danach brauchten die deutschen Truppen ihre sämtlichen Signalraketen ab, daß der nächtliche Himmel wie von einem Riesengefeuerwerk erleuchtet schien. Die Kundgebung wurde von Franzosen und Amerikanern beantwortet, und der nächtliche Himmel war mehr als eine Stunde lang taghell erleuchtet.

## Schlussschrift.

(Draht- und Korrespondenz-Meldungen.)

Vom Zentralrat der Marine.

Berlin, 27. Nov. Der 53er Ausschuß der Marine hat den folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt und durch drei Mitglieder des Ausschusses dem Rat der Volksbeauftragten zur Kenntnis überreichen lassen:

Der 53er Ausschuß der Marine protestiert ganz energisch gegen die Maßnahmen der Generale, welche die USA veranlassen. Der Zentralrat der Marine fordert die Volksbeauftragten auf, unverzüglich Schritte zu unternehmen, daß diese Maßnahmen unterbleiben und unsere Brüder wieder auf freien Fuß gesetzt werden, damit die Früchte der Revolution nicht zunichte werden.“

Ganz Bayern für die Nationalversammlung.

München, 27. Nov. In der Münchener Presse regt sich ein lebhafter Widerspruch gegen das Auftreten Eisners auf der Berliner Reichskonferenz. Die „Münch. N. N.“ behaupten in vollem Gegensatz zu Eisner, die bayerischen Frontsoldaten wie fast das gesamte bayerische Volk seien für sofortige Einberufung der Nationalversammlung.

Verzögerung der Einrichtung des Großen Hauptquartiers. Bad Nauheim, 27. Nov. Die viele Millionen an Wert umfassenden Einrichtungen des Großen Hauptquartiers werden nicht so schnell fertiggestellt werden. Für eine halbe Million Mark Möbel waren bereits bei der Ankunft in Kassel bestellt.

Die schwarzen Hilfssoldaten in der Pfalz.

Ludwigshafen, 27. Nov. Die Besetzung der westlichen Pfalz durch farbige Truppen hat in der Bevölkerung große Empörung und Entrüstung hervorgerufen.

Räumung vorzeitig besetzten Gebietes.

Ludwigshafen, 27. Nov. Das Oberkommando der Truppen in der Pfalz teilt mit: Nach Meldung der pfälzischen Bezirksämter räumen die Entente-Truppen die Ortschaften an der Südgrenze der Pfalz, welche sie entgegen dem Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen vorzeitig besetzt haben. Anscheinend erfolgt die Räumung auf Grund des Einspruchs der Waffenstillstandskommission.

Trier von Amerikanern besetzt.

Trier, 27. Nov. Einer Abordnung des hiesigen USA, die wegen der Besetzung Triers beim französischen Divisionskommandanten in Saarbrücken vorsprach, wurde erklärt, daß die Besetzung Triers nicht durch Franzosen, sondern durch amerikanische Truppen erfolgen würde, die sich bereits auf dem Wege nach dort befinden.

Frankfurt a. M. wird nicht besetzt.

Frankfurt a. M., 27. Nov. Der Frankfurter USA gibt folgendes Telegramm der Reichsleitung bekannt: Dort verbreitete Gerüchte, daß Franzosen Frankfurt besetzen, entbehren jeder Begründung. Verhandlungen schweben, daß Frankfurt mit Vororten reiflos der neutralen Zone einverleibt wird. Das Resultat dieser Besprechungen wird mitgeteilt, sowie es hier eingeht. Staatssekretär Eraberger.

General Hoffmann und Prinz Leopold von Bayern interniert.

Zürich, 27. Nov. Wie der Zürcher Anzeiger von litauischen Seite vernimmt, ist der von den Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk allgemein bekannte General v. Hoffmann in der Besatzung Litauens vorläufig interniert worden. Erprinz Leopold von Bayern, der noch Anfang November in Rom weilte, ist in einem Dorfe in der Nähe von Rom interniert.

Arbeiterkundgebung gegen Clemenceau.

Genf, 27. Nov. In Paris entwickelte sich eine riesige Kundgebung von Arbeitern. Anfanglich waren nur einige Tausend Arbeiter versammelt, aber sie erhielten ungeheuren Zulauf. Die unüberschaubare Menge zog unter dem Befehl der Internationale durch die Straßen und rief Schmähsprüche gegen Clemenceau aus.

Wilson's Europareise.

Haag, 27. Nov. Berichte aus Washington besagen, daß Präsident Wilson am 3. Dezember nach Europa abreisen wird. Sein Aufenthalt ist auf sechs Wochen berechnet.

Der Schrei nach den „Schuldigen“.

Basel, 27. Nov. Die in Versailles tagende Vor-Kommission zur Untersuchung der Schuldfrage am Kriege hat nach dem „Temps“ beschlossen, der großen Entente-Konferenz einen Antrag auf Auslieferung Wilhelms II. durch Holland zu unterbreiten. „L'Homme Libre“ veröffentlicht eine Liste der angeblich Schuldigen, deren Auslieferung verlangt werden mußte. Auf der Liste stehen Wilhelm II., der frühere deutsche Kronprinz, Kripiß, Capelle, General Hoffmann, Falkenhahn, Kronrad v. Söndendorf und unzählige andere Namen. Hindenburg und Rupprecht von Bayern befinden sich nicht auf der Liste.

Romanones über die Zukunft Deutschlands.

Bern, 27. Nov. Der spanische Minister des Äußern Graf Romanones hat verschiedentlich geäußert, daß seiner Ansicht nach eine deutsche Bundesrepublik im Umfange des bisherigen Reiches nicht von Bestand bleiben könne, sondern in mehrere unabhängige Republiken zerfallen müsse.



#### Osterreich-Ungarns Verluste.

Wien, 27. Nov. Eine parlamentarische Korrespondenz veröffentlicht auf Grund der amtlichen Verlustlisten eine Zusammenstellung der Verluste im Kriege. Danach betragen die Gesamtverluste an Toten und Verwundeten bis zum 26. Nov. 1918 vier Millionen Mann. An Gefallenen werden genannt 800 000 Mann und etwa 17 000 Offiziere.

Die Wiener Christlich-Sozialen gehen zur Republik über.  
Wien, 27. Nov. Die Christlich-Soziale Partei, die bisher noch monarchische Richtung aufrecht erhielt, hat sich nunmehr zur Republik bekannt.

#### Gesamtverluste der englischen Marine.

London, 27. Nov. Die Admiralität gibt bekannt, daß die Royal Navy während des Krieges 89 766 Offiziere und Mannschaften verloren hat. Davon befinden sich 2478 Offiziere und 30 535 Mann an Toten. Außerdem haben 14 661 Offiziere und Mannschaften der Handelsflotte ihr Leben eingebüßt.

#### Ein Militärerschossener unterwegs nach Sebafopol.

Paris, 27. Nov. Ein alliierter Geschwader von fünf Schlachtschiffen, zwei Kreuzern und neun Zerstörern unter dem Befehl des englischen Admirals Calhorne fuhr am 26. d. Mts. nach Sebafopol ab. Ein Kreuzer, zwei Zerstörer und ein Unterseeboot waren dem Geschwader vorausgeschickt.

#### Stalentscher Passagierdampfer gesunken.

Agram, 27. Nov. Der italienische Dampfer „Stalenta“ ist auf dem Wege von Pola nach Trieste gesunken. Der größte Teil der Passagiere ist umgekommen.

#### Um Scheidemann und Dr. David.

Berlin, 28. Nov. Um 2 Uhr heute mittag trat der Parteivorstand der Wehrheits-Sozialdemokratie zusammen. Die Verhandlungen beschäftigten sich mit den bekannten Angriffen gegen Scheidemann und Dr. David und dauerten in den Abendstunden noch fort.

#### Protest gegen die Auflösung des preussischen Herrenhauses.

Berlin, 28. Nov. Graf Arnim-Boitzenburg, Präsident des preussischen Herrenhauses, veröffentlicht folgenden Protest: Nach Zeitungsnachrichten hat die revolutionäre preussische Regierung in Übereinstimmung mit einem Beschlusse des Volksrats des Reichs von Berlin am 18. November die Auflösung des Herrenhauses verordnet. Der Regierung wie dem Volksrat steht eine erhebende Gewalt, die das geltende Verfassungsrecht für den preussischen Staat zu ändern vermöchte, nicht zu. Namens des Gesamtverbandes des Herrenhauses lege ich gegen die geplante Maßregel hierdurch Verwahrung ein.

#### Der Thronverzicht der Hohenzollern.

Berlin, 28. Nov. Die hier aus unterrichteter Quelle verlautet, wurde Wilhelm II. aufgefordert, einen formalen Thronverzicht für sich und den früheren Kronprinzen zu unterzeichnen. Ein solcher Verzicht lag schriftlich bereits noch nicht vor. Gerichtsweg verlautet, das Schriftstück sei bereits hier eingetroffen.

#### Das Schicksal der Ostafrikakämpfer.

Berlin, 28. Nov. Auf die Anfrage der deutschen Waffenstillstandskommission über die weitere Behandlung der deutschen Truppen in Ostafrika hat das englische Kriegsministerium geantwortet, daß die deutschen Truppen in Stärke von 155 Europäern, 1165 Afrikanern und etwa 3000 sonstigen Farbigen, darunter 282 Säuglinge, die Waffen gestreckt hätten. Die Truppen würden in Ubertorn, am Süden des Tanganika-Sees, gesammelt. Den weiteren Abtransport veranlasse sodann die englische Regierung.

#### Englische Drohungen in Spaa.

Berlin, 28. Nov. Bei der letzten Sitzung der Waffenstillstandskommission beschwerten die englischen Vertreter sich, daß die englischen Kriegsgefangenen aus Deutschland halb verhungert, krank und ohne genügende Kleidung in den Hütten der Alliierten anlangten. Die Engländer ließen die deutsche Entgegnung nicht gelten, daß die Alliierten durch überhöhte Räumung infolge der Waffenstillstandsbedingungen, durch selbständiges Entlassen der Gefangenen usw. verursacht seien und drohten mit Wiederaufnahme der Feindseligkeiten wenn nicht Abhilfe getroffen werde. Von deutscher Seite geschieht alles, um eine ordnungsgemäße Heimkehr der Gefangenen sicherzustellen.

#### Freigabe von Lebensmitteln an Deutschland.

Haag, 28. Nov. Hier haben deutsch-englische Verhandlungen stattgefunden über die Freigabe von Lebensmitteln an Deutschland. Es handelt sich um Lebensmittel, die für Deutschland bestimmt waren und bisher in Holland unter englischer Kontrolle lagerten. Grundsätzliche Einwendungen gegen die Freigabe wurden von den Engländern nicht erhoben.

#### Die Franzosen in der Pfalz.

Karlsruhe, 28. Nov. Die in der Pfalz einmarschierten französischen Truppen haben den weiteren Vormarsch eingestellt. Die Bahnlinien sind durch schwarze Kolonialsoldaten besetzt worden.

#### General v. Hoffmann und Leopold von Bayern in Freiheit.

Rom, 28. Nov. Der „Bärger Anzeiger“ veröffentlicht eine Meldung, wonach der aus den Friedensverhandlungen von Briest-Kommission bekannte General Hoffmann in der Festung von Brins Leopold von Bayern in einem Dorf in der Nähe von Rom interniert sein sollen. Wie wir von ausländischer Stelle hören, ist diese Meldung glatt erfunden. General Hoffmann steht nach wie vor auf seinem Posten und Brins Leopold von Bayern ist immer noch der Oberbefehlshaber der Truppen an der Ostfront.

#### Die frühere deutsche Kaiserin auch in Holland.

Amsterdam, 28. Nov. Die frühere deutsche Kaiserin ist heute morgen in Maarsbergen bei Utrecht angekommen. Sie wurde am Bahnhof vom Grafen Bentinck empfangen und fuhr im Automobil nach Schloß Amerongen.

#### Wilhelm II. an Grippe erkrankt.

Amsterdam, 28. Nov. Der frühere Deutsche Kaiser ist an spanischer Grippe heftig erkrankt und muß das Bett hüten.

#### Frankreichs Demobilisierung.

Paris, 28. Nov. Pariser Nachrichten besagen, daß die französische Demobilisierung am 17. Dezember beginnen soll, am Tage, an dem der Waffenstillstand abläuft.

#### Hungergefahr in den besetzten deutschen Gebieten.

Berlin, 28. Nov. Das „Journal des Debats“ schildert in einem Bericht die großen Verpflegungs- und Transport-schwierigkeiten in den alliierten Gebieten. Es genügt nicht, die Schwierigkeiten zu konstatieren, sondern man muß sie auch lösen. Der Hunger warte nicht. Es lasse sich nicht verbergen, daß man in den besetzten Gebieten in der Lebensmittelversorgung auf große Schwierigkeiten stoße; die Lage sei beunruhigend.

#### Zusammenstöße in Düsseldorf.

Düsseldorf, 28. Nov. Beim Einrücken des Reg.-Inf.-Regts. Nr. 39 kam auf der Rheinbrücke ein Hauptmann mit einem Angehörigen des Reichs in Zwistigkeiten. Im Verlaufe des Streits schloß der Offizier den Mann nieder. Das Regiment führte später die Wache an seiner Kaserne, wobei zwei Soldaten verwundet wurden. Eine größere Abteilung des Regiments versuchte dann die rote Fahne vom Rathaus herunterzuholen. Es wurden einige Schüsse geschossen. Angehörige des Freiwilkenregiments stellten die Ruhe wieder her.

#### Landwirte gegen streikende Bergarbeiter.

Breslau, 28. Nov. Die Landwirteversammlung des Kreises Strehlen faßte eine Entschließung, daß die Bauern bei

Fortsetzung des verbrecherischen Vorgehens der Lebensmittellieferung des obersteilischen Industriebezirks einstellen.

#### Die „Los von Berlin“-Bewegung.

Karlsruhe, 28. Nov. In allen badien Blättern erschien heute ein in harten Worten abgefaßter Aufruf der Fortschrittlichen Volkspartei, die sich mit 123 Ortsgruppen der deutschen demokratischen Partei angegeschlossen hat. Der Aufruf wendet sich gegen die bolschewistische Politik der Diktatur, die zum Völkermord treibe. Die Partei muß heißen: „Los von Berlin und gegen Berlin“.

#### Zeit- und Streitfragen.

Stimmen aus allen Parteien.

#### Die Schuld am Kriege.

Professor Hans Delbrück, der bekannte konservative Friedensfreund, richtet an den Vorwärts eine Zuschrift, um deren Aufnahme er im Namen der Gerechtigkeit ersucht. Er beschäftigt sich mit dem von der gegenwärtigen bayerischen Regierung der Öffentlichkeit preisgegebenen Verdensfeldischen Bericht, und kommt zu dem Schluss:

Der ungeheure Irrtum der deutschen Regierung war, daß sie glaubte, Rußland werde sich die Demütigung Serbiens gefallen lassen, und der ungeheure Irrtum des deutschen Generalstabs war, daß er glaube, die deutsche Armee werde in vier Wochen mit Frankreich fertig sein. Man mag über diese Irrtümer urteilen so streng und so hart, wie man will, auf keinen Fall aber haben sie etwas zu tun mit der Schuldfrage, die deutsche Regierung habe den Krieg betrieben und angezettelt. Der Weltkrieg ist ausgegangen von dem panslawistisch-autokratischen Rußland, und wenn Deutschland Österreich zu energischem Vorgehen vorwärts getrieben hat, so hat es das getan in der Hoffnung, den Weltkrieg dadurch nicht auszulösen, sondern zu vermeiden. Das konnte man schon aus den bisherigen Veröffentlichungen erkennen, und das wird durch die Veröffentlichungen des Grafen Verdensfeld lediglich bestätigt.

Aus dem Nachwort des Vorwärts seien hier folgende Sätze wiedergegeben:

... Die Meinungsverschiedenheiten über die Schuld der deutschen Regierung am Kriege erklären sich vielleicht daraus, daß diese Regierung als Ganzes etwas bedächtig verfahren war, in dem die verschiedenen Strömungen durcheinander liefen.

Haben sie bewußten Kriegstreibern, die den Sieg schon in der Tasche hatten, gab es Anglisten, die besorgt in die Zukunft blickten, und Epistimide, die meinten, nur durch die schärfste Form der kriegerischen Drohung könnte der Frieden noch gerettet werden. Samtlich dieses chaotischen Treibens stand ein Herrscher, der seine neurischen Fähigkeiten hinter äußerer Ehrsucht und Ehrgeiz zu verbergen suchte. Ihm und seinem Vorgesetzten ging es schließlich wie dem Mann in Schillers Bürgschaft:

Da packt ihn die Angst, da fahrt er sich Mut  
Und wirft sich hinein in die brausende Flut.

... Zugabe ist aber, daß die rücksichtslose Enthüllung des deutschen Unrechts an der Kriegsschuld auch einen Nachteil hat, nämlich den, die Mitschuld der Kriegstreiber auf der anderen Seite vergessen zu lassen. Die zarischen Agenten und Generale könnten am Ende noch vor der Weltgeschichte als weise erwachte Unschuldengel erscheinen, und das hat die Weltgeschichte nicht verdient.

Der ehemalige Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg nimmt auch das Wort, indem er einem Vertreter der Deutschen Wg. Btg. erklärte, es sei richtig, daß seine Regierung dem österreichischen Vorgehen gegen Serbien zugestimmt und die Erfüllung der deutschen Bündnispflicht ausdrücklich zugesagt habe. Allerdings habe man in Berlin den Wortlaut des Ultimats nicht gekannt. Er, Bethmann-Hollweg, lehne den Tag herbei, wo er dazu beitragen könne, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof der Wahrheit zum Siege zu verhelfen.

#### Gegen Mitglieder des Volksrates.

richtet die Tägliche Rundschau einen scharfen Angriff, der Aufsehen erregen muß und sicherlich widerlegt werden wird. Das Blatt schreibt:

... Jeder einsichtige Beobachter erkennt ja ohne weiteres, wie heute bereits unter ganzem Verkehrsverkehr und unter gesamte Ernährungspolitik erschüttert und zerrüttet ist durch die fortwährenden örtlichen Willkürakte der einzelnen Wg. Btg. Zur Wehrhaftigkeit und Unfähigkeit kommt aber an allen Ecken und Enden auch noch vielfache Unaufrichtigkeit persönlicher Art. Es sei nur daran erinnert, daß z. B. aus Braunschweig die Germania berichtet, wie dort die Wg. Btg. die Mengen beschlagnahmter Nahrungsmittel unter sich und ihre guten Freunde verteilten. Eine Korruptionserscheinung anderer Art ist die Vergebung öffentlicher Geldmittel, die allenthalben von den Räten getrieben wird. Es ist unmöglich, die Mittelungen, die über dieses Unwesen gemacht werden, im einzelnen nachzuprüfen, aber es müßte im eigenen Interesse des Reichs liegen, solche Angaben, falls er dazu imstande ist, beweiskräftig zu berichtigen. Nicht um sie zu anzueignen, sondern lediglich, um den mit ihrer eigenen Ehre daran interessierten Kreisen Gelegenheit zur Richtigstellung zu geben, seien einige dieser Behauptungen erwähnt. Es wird z. B. berichtet, daß die Mitglieder des Volksrates sich selbst jährliche Aufwands-gelder von 20 000 Mark auf den Kopf bewilligt hätten. Es wird berichtet, daß Woten, die unter dem hochachtbaren Namen „Kurieren“ für den Volksrat in Berlin umherlaufen, täglich 50 Mark erhalten; Kontoristinnen, die in den Räumen des Reichs ihre Zeit verleben, sollen 25 Mark pro Tag erhalten. Einzelne Mitglieder des Rates und Ausschüsse sollen dabei eine Vetterwirtschaft inszeniert haben, indem sie ihre Woten und Bettlern halbbüßendweise in solchen angenehmen Posten unterbrachten.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die T. R. vielfach als „nationalistisch“ bezeichnet wird, so daß ihre Gegnerschaft gegenüber der neuen Regierung verständlich ist. Trotzdem wird der Volksrat für schnelle Aufhellung dieses dunklen Punktes sorgen müssen.

#### Spartakus gegen Ebert.

Das Organ des Spartakusbundes, das ist der Anhänger Karl Liebknechts, die Rote Fahne, beschuldigt den Volksbeauftragten Ebert des Hochverrats an der Revolution. Das Blatt beruft sich auf den Berliner „Temp“, der behauptet, daß Wilson die Verlegung Deutschlands mit Lebensmitteln von der Aufrechterhaltung der Ordnung in der neuen Republik abhängig gemacht habe auf Anregung der deutschen sozialistischen Regierung.

Schon mit dem Tage der Revolution — schreibt die Rote Fahne — hatte ja die deutsche Regierung begonnen, mit der Hungerpeltsche Amerikas in den Blättern drohen zu lassen. Welches und ohne Kommentar veröffentlichte sie am 14. November abends die folgende Note:

„Die deutsche Regierung bittet den Präsidenten der Vereinigten Staaten, dem deutschen Reichskanzler drablos mitzuteilen, ob er damit rechnen darf, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit ist, ohne Verlust Lebensmitteln nach Deutschland zu schicken, wenn die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechterhalten bleibt und eine gerechte Verteilung der Lebensmittel verbürgt ist.“

Als die deutsche Regierung diese Note veröffentlichte, mußte jedermann und alle Welt annehmen, daß diese Bedingung nur eine auf härtestem Druck gemachte Konfession an die Gegner sei. Nun stellt sich heraus, daß Herr Ebert diese Bedingung den Gegnern angetragen hat.

Daraus leitet das Blatt sechs Anklagepunkte gegen die Regierung Ebert-Scheidemann her und erwartet den Urteilspruch: „In den Ortus hinab! hinab!“ Der Vorwärts tut diesen Angriff kurz ab, indem er sagt, daß es sich hier „um einen aufgelegten Spartakus-Schwindel“ handle.

#### Die Gehälter im Volksrat.

Die Freiheit, das Organ der Unabhängigen schreibt, offensichtlich im Auftrage einer ausländischen Stelle:

Einige Tageszeitungen haben die Nachricht gebracht, daß der Volksrat Kurieren 40 Mark, Schreibmaschinen-damen 25 Mark als tägliche Löhne bezahlt. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Die Kurieren erhalten bis zur endgültigen Regelung der Lohnungsfrage 30 Mark, die Schreibmaschinen-damen 12 Mark täglich, bei täglich 16stündigem Dienst.

#### Das Gespenst der Hungersnot.

In der „Sozialistischen Korrespondenz“ heißt es in einem Artikel:

In der Konferenz der neuen deutschen Freistaaten hat Eiserer gesagt, es käme nicht darauf an, ob wir sozialisieren, sondern ob wir die nächsten Monate lebend überleben. Das Problem ist hier klar gestellt. Wir haben nicht genug Lebensmittel. Es steht ganz fest, daß wir nicht bis zur nächsten Ernte gelangen können, selbst wenn die Transportverhältnisse einigermaßen normal bleiben. Kurz nach Ostern ist alles vorbei. Haben wir bis dahin nicht Hilfe vom Ausland erlangt, dann sind wir im Bettlaufe zwischen uns und dem Tod unterlegen. Auch bis dahin brauchen wir noch Rohle für die Industrie und das Transportwesen, brauchen eine regelmäßige Ablieferung der Lebensmittel durch das Land. Gelingt es nicht, all das zu organisieren und in Ordnung zu halten, dann sind wir schon vor Ostern am Ende. Dann löst sich Deutschland in Hunger und Anarchie auf, und die sofort einrückenden Feinde erscheinen dann noch als Retter.

#### Postliche Rundschau.

##### Deutsches Reich.

\* Die Besetzung der preussischen Ministerien ist nunmehr folgende: Handel: Fischel. Beigeordnete: Sue (die zweite Stelle ist noch nicht besetzt). Krieg: Seelisch. Unterstaatssekretär: Göhre. Öffentliche Arbeiten: Hoff. Beigeordnete: Paul Hoffmann, Brunner. Inneres: Girsch. Dr. Breitscheid. Beigeordnete: Eugen Ernst, Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Adolf Hoffmann, Hämisch. Finanzen: Dr. Südekum, Simon. Landwirtschaft, Domänen und Forsten: Braun, Hofer. Justiz: Dr. Rosenfeld, W. Heine.

\* Das preussische Kultusministerium hat die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht mit sofortiger Wirkung angeordnet. Die bisherigen Inhaber bleiben solange im Amt, bis ihre Befugnisse durch die Kreis-schulinspektoren übernommen sein werden. Die Übernahme ist unverzüglich in die Wege zu leiten und muß am 31. Dezember abgeschlossen sein. Ferner ist das Kriegsministerium gebeten worden, alle Lehrer ohne Unterschied sofort zu entlassen zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs.

\* Nach einem preussischen Erlaß können auch weibliche Personen in Verwaltungsdeputationen bestellt werden, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen, unter denen nach den geltenden Gesetzen männlichen Personen das Bürgerrecht zusteht. Inwieweit nach den bestehenden Bestimmungen der Besitz des Bürgerrechts für männliche Personen an Haus- und Grundbesitz, Einkommen oder Steuerzahlung geknüpft ist, sind bei verheirateten weiblichen Personen die Voraussetzungen auch dann als vorliegend anzusehen, wenn sie bei dem Ehemann erfüllt sind. Im übrigen sind Steuerzahlungen, Einkommen, Haus- und Grundbesitz der minderjährigen oder in elterlicher Gewalt befindlichen Kinder der Mutter anzurechnen.

\* Zur Untersuchung etwaiger Gefekwidrigkeiten bei der Gefangenenbehandlung in Deutschland ist eine besondere Kommission eingesetzt worden. Die Kommission erhält das Recht, zur Vereidigung von Zeugen die Gerichte in Anspruch zu nehmen und die Schuldigen ohne Ansehen der Person, vorbehaltlich etwaiger strafrechtlicher Verfolgung, ohne Pension aus dem Heer auszustoßen. Die Kommission wird ihre Arbeit sofort aufnehmen.

\* Die Regierung wendet sich nachdrücklich gegen Eingriffe in die Pressefreiheit, wie sie mehrfach vorgekommen sind. Sie weist darauf hin, daß der Rat der Volksbeauftragten sofort bei Übernahme der Regierung vollkommene Pressefreiheit verkündet habe. Es ist deshalb unzulässig, daß von Wg. Btg. oder irgendwelchen anderen Stellen in die Pressefreiheit eingegriffen wird.

\* Über die Zukunft Nordschleswigs hat der dänische Außenminister an den Reichstagsabgeordneten Hansen ein Schreiben gerichtet, in dem er sagt: Die dänische Regierung wird sich jetzt an die Regierungen der assoziierten Mächte wenden, um bei den Verhandlungen über den Weltfrieden für das Recht der dänischen Nordschleswiger Anerkennung zu erlangen, indem sie gleichzeitig unter Hinweis auf das an sie gerichtete Schreiben des Ministers des Äußern der deutschen Republik diesem Mitteilung hierüber gibt.

\* Zur Trennung von Kirche und Staat bementert das preussische Kultusministerium auf das Grundsätzliche das Gericht, wonach diese durch ein bloßes Dekret unverzüglich durchgeführt werden solle. Es sei die Gewähr dafür geboten, daß nichts geschehen werde ohne lokale Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen und Empfindungen der kirchlich denkenden Kreise des preussischen Volkes. Eine offizielle Mitteilung des Ministeriums werde nächster Tage erfolgen.

\* Untere Schadenersatzansprüche an Polen sind in Barchau angemeldet worden. Der dortige deutsche Gesandte ist nämlich beauftragt worden zu erklären, daß wir die polnische Regierung für die den Deutschen bei dem überlieferten und vielfach gewalttätig durchgeführten Abtransport an Privateigentum zugefügten Schäden, sowie auch für das zurückbehaltene Reichseigentum haftbar machen.

\* Die sofortige Einsetzung eines Staatsgerichtshofes für das Reich fordert der bayerische Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat, und zwar zur Untersuchung und Aburteilung derjenigen Personen, die durch ihr verbrecherisches Handeln den Weltkrieg herbeigeführt sowie die Verursachung des Krieges durch einen Verständigungsfrieden vereitelt und somit den Zusammenbruch Deutschlands verschuldet haben. Ferner verlangt er strengste Verurteilung aller jener, die auf betrügerische Weise sich während des Krieges bereichert haben.

\* Über die Pläne der preussischen Regierung betreffend Kultur- und Schulfragen hat sich Minister Hanenrichs näher ausgelassen. Danach sollen alle freien Verufe, die in Zukunft nur noch vom Kultusministerium allein abhängen werden, jetzt ungehindert zu Worte kommen. Ferner sollen sowohl auf dem Boden der Hochschulen, als auf dem der mittleren und Volksschulen grundlegende Neuerungen eingeführt, vor allem das Privateigentum der Universitäten das weitestgehende Recht auf Professuren erhalten.



